

PKH

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

- finanzielle Unterstützung zur Durchführung von Gerichtsverfahren für einkommensschwache Personen
- wird vom Staat getragen
- ist eine Form der Sozialhilfe im Bereich der Rechtspflege (früher „Armenrecht“)
- dient der Umsetzung der Rechtsschutzgleichheit (jedem soll der Weg zu den ordentlichen Gerichten offen stehen)

Voraussetzungen für die Bewilligung:

1. Antrag der Partei
2. die Partei ist bedürftig (wird anhand einer Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Nachweisen belegt)
3. die Rechtsverfolgung darf nicht aussichtslos oder mutwillig sein

Was
bedeutet
das?

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

PKH

- Bewilligung erfolgt durch richterlichen Beschluss entweder ohne oder mit Zahlungsbestimmung=Ratenzahlung (je nach Einkommen/Vermögen der Partei)
- Bewilligung erfolgt für jeden Rechtszug gesondert, § 119 Abs. 1 S. 1 ZPO
- der PKH-Partei kann ein Rechtsanwalt beigeordnet werden, § 121 ZPO
- die Abänderung der PKH-Entscheidung aufgrund geänderter Einkommens-/Vermögensverhältnisse ist innerhalb von vier Jahren nach Abschluss des Verfahrens möglich, § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO

Kosten:

- Für das Verfahren über die Bewilligung von PKH fallen keine Gerichtsgebühren an.
- Das Beschwerdeverfahren gegen die Versagung der PKH ist gem. KV 1812 GKG gebührenpflichtig (Festgebühr von 72,- € fällt beim Beschwerdegericht an, so die Beschwerde verworfen oder zurückgewiesen wird).
- Gem. § 14 Nr. 1 GKG sind von der PKH-Partei keine Gebühren vor auszuzahlen.

Achtung!

PKH

Kosten im Zivilprozess

Wirkung der Prozesskostenhilfe (§ 122 ZPO) z.B.:

- es sind keine Gerichtskosten von der PKH-Partei (ohne Zahlungsbestimmung) zu zahlen
- bei PKH mit Raten erfolgt die Inanspruchnahme nach Maßgabe der PKH-Bewilligung (in Raten)
- der beigeordnete Rechtsanwalt erhält eine Vergütung aus der Landeskasse (§§ 45 I, 48 I RVG), nicht von der Partei
- ist dem Kläger PKH OHNE Zahlungsbestimmung bewilligt, hat der Beklagte einstweilen auch keine Vorschüsse zu zahlen (§ 122 Abs. 2 ZPO)

Kostenbeamter im Verfahren mit PKH

- **Zuständigkeit:** gem. § 1 KostVfg = Beamter des gehobenen oder mittleren Justizdienstes oder vergleichbarer Angestellter (je nach Anordnung der jeweiligen Justizverwaltung)
- **Aufgaben:** ergeben sich lt. § 9 KostVfg aus den so genannten Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe (DB-PKHG)

§§ 1 + 9
KostVfg

§ 123
ZPO

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

Bewilligung der PKH hat keinen Einfluss auf die Verpflichtung, im Falle des Unterliegens die dem Gegner entstandenen Kosten zu tragen
(Befreiung bezieht sich nur auf GK)

*nur Befreiung
für
Gerichtskosten*

Beispiel:

Bekl. => PKH ohne Zahlungsbestimmung

Kl. => keine PKH

Kläger gewinnt Rechtsstreit, Beklagter trägt Kosten des Verfahrens. Der Kläger stellt nun Kostenfestsetzungsantrag, um die ihm entstandenen Kosten gegen den Beklagten festsetzen und später vollstrecken zu lassen.

PKH

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

§ 125 ZPO

Nach Beendigung des Rechtsstreits können Kosten vom Gegner der PKH-Partei erst nach Rechtskraft bzw. anderweitiger endgültiger Erledigung eingezogen werden.

Einzug der
Gerichtskosten
erst nach
Rechtskraft

§ 31 Abs. 3 GKG

Wurde dem Entscheidungsschuldner PKH bewilligt, darf der Gegner für die Kosten der PKH-Partei insoweit nicht in Haftung genommen werden. Sind bereits Zahlungen vom Gegner geleistet, sind diese an ihn zurückzuzahlen.

evtl.
Kost18

PKH

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

Beispiel:

Kläger zahlt bei Klageeinreichung einen Vorschuss über 483,- €. Klage wird dem Beklagten zugestellt, der daraufhin Verteidigungsabsicht anzeigt und sogleich Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellt. Nach Anhörung des Klägers wird dem Beklagten PKH bewilligt. Nach streitiger Verhandlung ergeht im Termin ein Urteil, wonach der Beklagte die Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

Was passiert mit dem gezahlten Vorschuss des Klägers? Er ist nicht zu verrechnen, sondern zu erstatten. Sonst würde man faktisch die PKH-Bewilligung unterlaufen, denn der Kläger würde sich seine Vorauszahlung im KF-Verfahren festsetzen lassen.

*Kost18 wegen
des
Vorschusses
an Kläger*

PKH

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

§ 31 Abs. 4 GKG

gleiches gilt auch, wenn von der PKH-Partei Kosten in einem gerichtlichen Vergleich übernommen wurden, aber nur, wenn:

- der Vergleich vom Gericht vorgeschlagen wurde und
- das Gericht in seinem Vergleich ausdrücklich festgestellt hat, dass die Kostenregelung der zu erwartenden Kostenentscheidung entspricht

PKH

Kosten im Zivilprozess

Prozesskostenhilfe

Beispiel:

Kläger zahlt bei Klageeinreichung einen Vorschuss über 511,50 €. Klage wird dem Beklagten zugestellt, der daraufhin Verteidigungsabsicht anzeigt und sogleich Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellt, die auch bewilligt wurde. Im Termin schließen die Parteien einen Vergleich. Kosten werden von dem Beklagten übernommen. Vergleich wurde nicht vom Gericht vorgeschlagen.

Was passiert mit dem gezahlten Vorschuss des Klägers?

§ 31 Abs. 3 und Abs. 4 GKG sind nicht anwendbar. Vorschuss des Klägers ist auf Kosten des Beklagten zu verrechnen (wegen § 22 Abs. 1 S. 1 GKG), ggf. entstehende Überschüsse sind natürlich zurückzuzahlen.

*Verrechnung
des
Vorschusses*

PKH

Kosten im Zivilprozess

Teilweise PKH-Bewilligung

Wird PKH nur teilweise bewilligt, bleiben die Kosten nur für den Gegenstand/ Streitwert der PKH-Bewilligung außer Ansatz; nach dem restlichen Streitwert werden diese „ganz normal“ angesetzt (übliche „Vorschuss“- KR, Verrechnung bei Schluss-KR u.s.w.).

Beispiel:

A reicht eine Klage über 7.500,00 € ein und beantragt, ihm dafür PKH zu bewilligen. PKH wird aber lediglich für die Klage in Höhe von 5.000,00 € bewilligt, im Übrigen wird der PKH-Antrag zurückgewiesen. Der Kostenbeamte hat für die nun zum Teil gem. § 12 Abs. 1 GKG vor auszuzahlende Verfahrensgebühr folgende Berechnung anzustellen und diese mittels Kostennachricht vom Kläger zu erfordern:

*...siehe
Rechnung
nächste
Seite*

Teilweise
PKH
Be-
willigung

Kosten im Zivilprozess

Gebühr /KV	Wert / EUR	Betrag / EUR	Mithaft
Restliche Verfahrensgebühr KV 1210	7.500,00	714,00	
Abzüglich einer Verfahrensgebühr KV 1210	5.000,00	511,50	
	Rest	202,50	Sind vom Kläger vorausuzahlen
Für die restlichen Gerichtskosten über einen Streitwert von 5.000,00 EUR wurde PKH bewilligt, siehe Bl. ____ der Akte.			

Kostenschuldner ist
der Kläger als
Antragsteller, gem.
§ 22 I GKG